

71 Jahrgang

sich hieraus gewisse Unzuträglichkeiten im Personenverkehr ergeben. Mit dem Reich wird jetzt hinsichtlich der Uebernahme der Bahnen eine Verständigung beugnet und die Interessen Preussens in weitestem Umfange von meiner Verwaltung wahrgenommen. Wenn wir von schweren Einflüssen der Witterung verschont bleiben, wird sich der Personen- und Güterverkehr in ganz kurzer Zeit heben. Es finde, im allgemeinen eine Rationierung der Fahrkarten statt. Die Denkschrift über den Mittellandkanal ist fertiggestellt und wird dem Haus in absehbarer Zeit zugehen. Die Zahl der unbeschäftigten Eisenbahngesellen geht dauernd zurück. Ich bin mit dem Reichskohlenkommissar wegen Ausrüstung der Fabriken in Verbindung getreten. Trotz der Kohlennot werden wöchentlich 30 neue Lokomotiven von den Lokomotivbauanstalten fertig gestellt.

An den weiteren Verhandlungen werden je den einzelnen Etats des Staatshaushaltplanes unwesentliche Änderungen besprochen.

Sigung vom 17. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der
Umsatzsteuer.

Die Nationalversammlung trat heute morgen wieder um 10 Uhr zusammen.

Ramens der Unabhängigen begründet: der Abg. Eichhorn die ablehnende Stellungnahme seiner Fraktion.

In der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen wird das Gesetz in der Ausdehnung angenommen. Abänderungsanträge der Rechte werden abgelehnt. Zum § 3, der von der Umfangsteuer die Gemeindeverbände und Gemeinden wegen der Schlachthöfe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke ausnimmt, beantragen die Demokraten, diese Werke auch dann zu befreien, wenn sie sich im Besitz des Reiches und der Länder befinden. Dieser Antrag wird angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach die Steuer für jede Zeitung und Zeitschrift selbständig zu erheben ist, falls der Steuerpflichtige mehrere Abkungen herausgibt.

Einer wichtigen Umänderung wurde auch der § 31 a unterworfen, der ermäßigte Steuersätze für Inferateinnahmen unter 1 000 000 Mark festlegt. Nach der alten Fassung sollten die ermäßigten Steuersätze nur da in Anwendung kommen, wenn bei Beträgen oder Zeitschriften der Gesamtbetrag der Einnahmen aus Anzeigen sich auf nicht mehr als jährlich 1 000 000 Mark beläuft. Nach der neuen Fassung dieses Paragraphen werden die Steuersätze für die erste Million der Inferateinnahmen auch dann ermäßigt, wenn die Gesamteinnahmen eine Million Mark übersteigen.

Die Nationalversammlung erledigte das Unfallversicherungs-
gesetz in zweiter Lesung. Dann trat eine Mittagspause ein.

Die dritte Lesung des Reichsnotopfers, die in der Nachmittags-Sitzung der Nationalversammlung vorgenommen wurde, entseffelte noch einmal eine umfangreiche Debatte über das heiß umstrittene Gesetz.

Die Rechte verlangt die Zurückverweisung des Entwurfs an den Ausschuss.

Die demokratische Fraktion ließ durch den Mund ihrer Redner verkünden, daß sie nicht geschlossen Stimme, sondern daß der kleinere Theil gegen das Reichsoctroyer stimmen werde.

Der deutsche nationale Redner führte in seiner Stellungnahme gegen das Reichsnotopfer und gegen Erzberger die in der preussischen Landesversammlung von dem demokratischen Abg. Dr. Friedberg gegen Erzberger erhobenen Anklagen ins Feld u. a. das Erzberger in dem Gutachten des Reichsjustizministeriums über das Reichsnotopfer grundrüttelnde Korrekturen vorgenommen habe.

Reichsfinanzminister Erzberger erklärte u. a. aus, daß die Preussische Landesversammlung hier einen Gegenstand vertritt, der sie nichts angehe. Zu den Anlagen Friedrichs sagte er, das sie höchst befremdlich seien. Er werde die Sache an anderer Stelle verfolgen. Wenn Friedrich sich an zuständiger Stelle vorher erkundigt hätte, so würde ihm der Reichsfinanzminister Schiffer oder auch er, Erzberger selbst, die Antwort gegeben haben, daß die Behauptung vollkommen unzutreffend sei. Erzberger beschästigte sich in seiner Eingekerkung auch mit den heutigen Mittheilungen des Vortrags über die Art und Weise, wie für die Sparprämien eine neue Klasse gemacht worden sei. Er lehnte die Verantwortung für die Einzelheiten dieser Klasse ab. Eine Untersuchung sei eingelegt und das Ergebnis werde öffentlich mitgeteilt werden.

In namentliche Abstimmung über den Antrag Bedenkliche. Bez. Zurückweisung an die Kommission wird der Antrag mit 223 gegen 50 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Das Gesetz wird in seinen einzelnen Theilen mit geringen Aenderungen und in der Gesamtabstimmung mit ganzen Endgültigkeit angenommen.

Die von den Mehrheitsparteien beantragte Entschlie-
ßung des internationalen Vereinbarungen über gegenseitige
Rechtshilfe in Steuerfällen und zur Vermeidung von Dop-
pelbesteuerung wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung, des vom Abg. Trimborn
Beauftragten Gesetzentwurfs über Steuernach-
schuß (Generalpardon).

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung gegen die
eigenen sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag: Interpellation der Deutschen Nationalen; Gesetz gegen das Glücksspiel; Reitenngesetz mit dem Verband über den Artikel 61 Abs. 2 der Reichsverfassung; Elektrizitätsgesetz; Nachtragsgesetz, Umwandlungsgesetz.

Die telephonischen Nachrichten sind ausgeblieben

Sitzung vom 17. Dezember 1919.

Aussprache über den Staatshaushalt.
 Hg. Dr. Friedberg (Dem.) sagt u. a.: Erzbergers
 Hauptziel ist als blutige Dille mit uns bezeichnet wor-
 den. Ich halte das Urteil für viel zu milde. Ich halte es für
 Verosiramentum, wie Herr Erzberger alle Rückschläge,
 von wirklich wirtschaftlich kompe-teren Personen ge-
 macht werden, einfach in den Wind bläst. Der Widerstand
 an das Erzbergerische Reichsnoteopfer resultiert nicht aus
 politischen Gründen, sondern von allgemeinen vaterländi-
 chen Gesichtspunkten aus. Nach unserer Auffassung handelt
 sich bei dem Reichsnoteopfer um eine schwere wirtschaft-
 liche Schädigung des Vaterlandes. Ich halte es für wider-
 sinnig, in der jetzigen Zeit das Betriebskapital der großen
 Volksgesellschaften durch eine hohe Steuer zu verringern.
 Eine solche Blutenziehungsur vorzunehmen, wie dies durch
 Reichsnoteopfer geschieht, kann nur jemand tun, der ohne
 Rücksicht auf wirtschaftliche Verhältnisse ist. Ich will noch
 fragen, ob nicht der Verband eingreifen wird. Das juristi-
 sche Gutachten, auf welches sich der Reichsfinanzminister
 stützt, um das Gegenteil zu beweisen, soll am Anfang wie am
 Ende für ihn absolut ungünstig lauten. Er soll nur die
 Illen als Beleg für seine Ansicht angeführt haben, die ihm
 tatsächlich erschienen sind. (Hört, hört!) Ich behaupte
 nicht, ich stelle es nur zur Diskussion. Der Finanz-
 minister des Herrn Erzberger ist auch die jetzige Reichs-
 wirtschaf, die sich namentlich bei jüngeren Leuten vor-
 zu zeigen pflegt. Die Mißerfolge der Sparprämien-
 anleihen sind ebenfalls ein Beleg für die falsche Finanzpolitik
 Reichsfinanzministers. Ein anderer Mann als Erzberger
 bei solchen Mißerfolgen aus dem Amte gestiegen sein.
 Die Ministerpräsidenten Hirsch sind wir dankbar dafür, daß
 Protest gegen die Angriffe Erzbergers auf Preußen er-
 hob. Es ist ein Antrag der Reichstagsparteiien betref-
 fend die deutsche Einheitlichkeit haben die Deutschnationa-
 len Front gemacht. Es handelt sich um den Übergang
 aus dem in das große einheitliche Deutsche Reich, und das
 kann bloß vollzogen werden, wenn dieser unitarische Wille
 bei allen anderen Staaten gleichzeitig vorhanden ist.
 Bei der Groß-Hüringer-Frage kommt es auch darauf an, wie
 man dazu steht, wenn einzelne Teile Thüringens im
 neuen Interesse einen Anschluß an Preußen vorziehen wür-
 den. Die Notwendigkeit der Betonung der gemeinsamen In-
 teressen des deutschen Volks ganzes muß jetzt unbedingt im
 Vordergrund stehen. Es gilt die Plebe zum Vaterland all-
 gänzlich zu befähigen. Insofern hat mich das Schlusswort des
 von Kardorff wohlthuend berührt.

Ministerpräsident Hirsch: Durch die eben gehörte Interpretation sind die schwersten Bedenken der Regierung gegen den Antrag Friedberg und Genossen beseitigt worden. Ich verlese den Antrag so, daß im Falle seiner Annahme die Staatsregierung sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen und sie veranlassen soll, eine Zusammenkunft der beteiligten Länder einzuberufen. Von einem Gutachten des Reichsjustizministeriums, das ungenügend für das Reichsfinanzministerium in Bezug auf das Reichsanstaltsverfassung sein soll und der daraufhin erfolgten Korrektur der Vorlage auch von der Einforderung eines zweiten Gutachtens ist die Regierung bis zu diesem Augenblicke nichts bekannt. Im letzten Stadium der Verhandlungen ist aus dem preussischen Finanzministerium ein wohlbegründeter Gegenvorschlag eingebracht worden, der einer Zugriffs der Enquete abschließt.

Der Abg. Stendel (Deutsche Sp.) trägt viele Eingekläufe vor von Uebergreifen der Mehrheit Sozialisten.
Minister Heine erwidert in kurzen Ausföhrungen.

Die Uebersetzung des Antrages der Reichthumsparthei betreffend den Einheitsstaat an den Vereinigungsentschluß wird abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 210 gegen 32 Stimmen angenommen. (Verfall der Tagesordnung.)

Zum Haushalt der Eisenbahnverwaltung liegt ein Antrag vor, der sich gegen die Uebergabe der Befahren und Wasserstraßen an das Reich vor dem 1. April 1921 ausspricht.

Abg. Dr. Sager (Zentr.): Das Eisenbahnwesen sei aus einer Ueberschuß- zu einer Defizitwirtschaft geworden. Die Vertheilung habe sich mit den Reichsbahnen abgezurundet.

Minister Deier: Der Personenverkehr wird nicht zusammenbrechen. Aber wir müssen zunächst den Güterverkehr über den Personenverkehr setzen. Es ist nicht zu erwarten, daß

— Unterscheidung bis Neujahr? Noch vor-
hergen ließ es, daß der Friede an einem Weihnachts-
tag geschlossen werden sollte. Die Hoffnung kann ruhig
beibehalten werden. Jetzt verbreitet die Agentur Havas unter
dem 16. Dezember folgende Meldung aus Paris, die aller-
dings teilweise schon überholt ist: Die Spannung, die in
den Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei ei-
ngetreten war, hat der Hoffnung auf baldiges Inkrafttreten
des Friedensvertrages Platz gemacht, nachdem der Chef der
deutschen Friedensabordnung, Baron v. Versner, gestern
vormittag die türkische Antwort auf die Note der Militär-
en dem Generalsekretär Dutasia überreicht hat. Die Ankunft
der Sachkommission wird heute vormittag 7 Uhr 20 er-
wartet. Die deutschen Sachverständigen werden zweifellos
mit den Sachleuten der Militär-, Marineoffiziere, In-
genieuren usw., bereits heute nachmittag zusammen-
treten. Die alliierte Sachkommission wird vom Obersten Rat am 16.
ds. bestimmt, der auch Vorschau beizugehen wird.

Die Erörterung wird sich wahrscheinlich bis gegen Ende der Woche hinziehen. Wenn, wie wahrscheinlich ist, ein Uebereinkommen erzielt wird, können die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Alliierten und den deutschen Bevollmächtigten beginnen zum Zweck der Festlegung der die endgültige Anlegung des Vertrages von Versailles betreffenden Urkunden, hauptsächlich was die militärischen Fragen betrifft. (Vorbereitung durch die Deutschen, Vornahme durch die Alliierten, Transportationsfrage, Verwaltungsfragen, die Uebertagung der Gewalt in den den Alliierten anvertrauten oder der Vorkabstimmung unterworfenen Gebieten, Organisation der Abgrenzungsausfälle.)

Wenn kein neuer Zwischenfall in diese Verhandlungen getragen wird, rechne man in den angezeichneten Kreisen mit der Möglichkeit, daß der Vertrag zwischen Belgien und Rußland in Kraft treten kann, so daß 1920 das erste Jahr des endlich hergestellten Friedens sein wird.

Die Prüfung der deutschen Note. Die neue deutsche Abordnung ist mit dem Abnir Expreßzug in Paris eingetroffen. Die Menge betrachtete die Abordnung neugierig, erhebt sich jedoch jeder Andeutung. Die Abordnung begab sich zum Nordbahnhof sofort nach dem deutschen Bureau in Paris. Die Oberste Rat Versammlung hielt unter dem Vorsitz Clemens in dessen Wohnung, wo er zunächst die deutsche Note vom Montag prüfte. Die Vertreter der Verbündeten haben insgesamt den persönlichen Ton der Note gebilligt. Eine Antwort darauf wird vorbereitet und der deutschen Abordnung gegen Ende der Woche übergeben werden. -- Die deutsche Antwort wird im allgemeinen von der Baseler Morgenspost günstig aufgenommen. Der „Matin“ meint, es sei wenig wahrscheinlich, daß man ohne weiteres die deutschen Entschädigungsverträge annehmen werde. Das Petit Journal sagt, wenn Belgien wollte wie die deutsche Note es behauptet, daß die Erfüllung der Forderungen an Hafenmaterial Deutschland in die Vermögensverträge, die andern Besitzlichkeiten, wie sie der Friedensvertrag auferlege, zu erfüllen, dann würden die Verbündeten, wie sie es versprochen hätten, ihre Forderungen mildern. Das „Echo de Paris“ erklart: Ich, der Hoffnung belien, mit den deutschen Vertretern zu einer Verständigung zu gelangen, und erhielt folgende Antwort: Die deutschen Vertreter haben und die Schwierigkeiten dargelegt, denen sie bei ihrer Abgabe von 400,000 Tonnen Hafenmaterial angesetzt sein würden. Es muß hervorgehoben werden, daß die Deutschen ihre Sache auf sehr einfache Art vertreten haben. In unserer ersten Antwort an die Berliner Regierung haben wir ausgesagt, daß wir bereit seien, die vorgebrachten Gründe zu prüfen. Wir werden dieses heute tun und werden soeben mit unseren englischen Mitarbeitern eine Entscheidung voller Gerechtigkeit und Billigkeit treffen.

Die Rot Oesterreichö.

Der Oberste Rat der Allirten schritt zur Prüfung einer von der österreichischen Delegation unterbreiteten Eingabe in be.r.s.s Vorariberg, welches de: Bunsch hat sich der österreichischen Souveränität zu entze:n. Die Vertreter der Allirten haben die Nothwendigkeit anerkannt, die Be.schaftung aller Theile der neuen Republik unter der österreichischen Hoheit zu erleichtern. Der Kaiserlicher Kaiser gab hierauf eine lange Schilderung über die traurige Situation der österreichischen Bevölkerung, welche ihnen kurzem ohne alle Lebensmitel: sein wird, da die verkögbaren Rationen nur bis zum 21. Januar ausreichen. Der Rat prüfte die Mittel und Wege, um diesem Zustande abzuhelfen und beschloß, 30 000 Tonnen Getreide, welche zur Zeit in Triest lagern, nach Oesterreich zu dirigieren. Die finanzielle Mitwirkung der Vereinigten Staaten wurde zur Verpflegung Oesterreichs als unerlässlich erkannt. Es wurden Magnahmen ins Auge gefaßt, um die finanzielle Lage dieses Landes zu bessern. Zum Schluß erklärte der Kaiserlicher Kaiser, daß seinem Land mit einer vorübergehenden Verproviantierung nicht gedient sei, sondern daß vielmehr die Vorbereitung eines allgemeinen Verpflegungsprogramms nöthig sei, welches sich auf 10 bis 12 Monate erstreckt, eines Programms, welches dem österreichischen Volk ge.falle, wie es zu arbeiten, seine Industrien wieder aufzurichten und die Schulden zu bezahlen. Er fügte hinzu, daß Oesterreich bereit sei, die Beziehungen des Vertrauens mit seinen jugoslawischen und slawischen Nachbarn wieder aufzubauen, und daß er sich für die Wiederherstellung persönlicher Verbindungen werde.

Gemäß den durch die österreichische Regierung gegebenen Erklärungen lassen sich die durch den Obersteuerrath getroffenen Maßnahmen zur Versorgung Oesterreichs in fünf Punkte zusammenfassen: 1. Die Zuteilung von 30000 Tonnen Getreide, welches sich in Triest befindet. 2.

Die besetzten Gebiete.

— Ausbau des Hafens in Neuf. Der Oberbürgermeister von Neuf verweist bei Einführung der neuen Stadtratsordnungen auf die Verschiebung der Handelsbeziehungen, die auch im Neuf Hafen lebhaft in Erscheinung getreten sei. Diesen veränderten Verhältnissen entsprechend müssen die alten Hafenanlagen erweitert werden. Der Ausbau eines weiteren Hafenbeckens sei notwendig, wodurch 500 Morgen Industriegebiete gewonnen würden. Dringend notwendig sei auch eine Kleinbahn Köln-Neuf und eine solche Rhein-Neuf.

Deutschland.

D Die Beschäftigung von Schwerbeschädigten. Der Nationalversammlung ist aus dem Reichsarbeitsministerium der Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung der Schwerbeschädigten zugegangen. § 1 verpflichtet jeden Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz besetzen will, einen Schwerbeschädigten, der für diesen Arbeitsplatz in gleichem Maße geeignet ist, andern Vorkern vorzuziehen. Dabei handelt es sich sowohl um Schwerbeschädigte wie um Schwererkrankte. Reich und Länder und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts haben bestimmte Bruchteile ihrer Arbeitsplätze oder bestimmten Arten von Arbeitsplätzen mit Schwerbeschädigten zu besetzen. Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, anzuordnen, daß private Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die vorzugsweise für Schwerbeschädigte geeignet sind, für Schwerbeschädigte od. bestimmte Arten von Schwerbeschädigten freizustellen haben, ferner, daß jeder private Arbeitgeber verpflichtet ist, einen zahlenmäßig bestimmten Bruchteil seiner Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten zu besetzen. Die für Schwerbeschädigte freizustellenden Arbeitsplätze hat der Arbeitgeber innerhalb drei Tagen, nachdem sie freigegeben sind, der Hauptfürsorgestelle und der Berufsgenossenschaft anzuzeigen, und er darf sie erst besetzen, wenn diese beiden Stellen nicht binnen zehn Tagen einen geeigneten Schwerbeschädigten benannt haben. Der Hauptfürsorgestelle gegenüber besteht eine weitgehende Auskunftspflicht des Arbeitgebers. Er hat ihr auch Einblick in seinen Betrieb zu gewähren, soweit das im Interesse der Schwerbeschädigten erforderlich ist. Er ist auch verpflichtet, auf Verlangen der Hauptfürsorgestelle die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, und den Betrieb so zu regeln, daß eine tunlichste große Anzahl Schwerbeschädigte in seinem Betrieb Beschäftigung finden kann, falls nicht durch die Durchführung dieser Verpflichtungen der Betrieb ernstlich gefährdet wird. Schwerbeschädigte dürfen nur mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen entlassen werden. Jede Kündigung ist der Hauptfürsorgestelle beim Verfassungsausschuss mitzuteilen. Für Streitigkeiten über die Verpflichtungen aus dem Gesetz ist der Schlichtungsausschuss zuständig. Ein privater Arbeitgeber, der vorsätzlich oder in grober Fahrlässigkeit gegen die Vorschriften des Gesetzes verstößt, ist von dem Schlichtungsausschuss auf Antrag der Hauptfürsorgestelle oder der Berufsgenossenschaft für jeden einzelnen Fall des Verstoßes mit einer Buße bis zu 10 000 Mark zu belegen. Gegen die Entscheidung findet binnen vier Wochen Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde statt. Eine Buße kann nicht festgesetzt werden, wenn der Arbeitgeber nachweist, daß er im Durchschnitt der letzten drei Monate vor dem Verstoß wenigstens 10 v. H. seiner Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten besetzt hatte.

D Die Brot- und Kartoffelpreise. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates am Dienstag wurde u. a. Bericht erstattet über den Entwurf einer Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Getreide und Kartoffeln. Danach betrug die Ablieferung von Weizen im vergangenen Jahre 2 030 000 Tonnen, im laufenden Jahre erst 1 100 000 Tonnen. Die Ursache für den Rückgang ist sowohl in der verspäteten Ernte wie auch in der Ueberlastung der Verkehrsmittel zu sehen. Es gibt nur ein Mittel, die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten, nämlich eine angemessene Erhöhung der Preise. Die Kosten für die Ablieferungsprämien belaufen sich schätzungsweise auf eine Milliarde, die durch die Erhöhung des Mehlpriests einge-

bracht werden soll. Der Mehlpriest wird daher um 40,50 Mark für den Doppelzentner erhöht werden, so daß der Preis für ein Brot im Gewicht von 2000 Gramm auf ca. 2 Mark steigen wird. Dadurch würde die große Masse der Bevölkerung sehr schwer belastet werden. Die Deckung der Kosten für die Ablieferungsprämien für Kartoffeln soll ebenfalls der Verbraucher tragen, und zwar soll der Preis für den Zentner um 2,50 Mark erhöht werden. Reichen diese Erhöhungen nicht aus, so wird das Reich für Fehlbeträge aufkommen. Der Reichsrat stimmte den Beschlüssen des Ausschusses mit Mehrheit zu.

D Der Rückzug aus dem Baltikum ist beendet. Bis auf das Bataillon Kossach haben nunmehr alle deutschen Baltikumstruppen die Grenze überschritten. Das Bataillon Kossach sollte noch am Dienstag zurückkehren. Der Stab der „Eisernen Division“ ist in Memel eingetroffen. — Das Bataillon Kossach hat sich vor seinem Abmarsch in die Baltikländer besonders in Westpreußen hervorgetan, wo es den Uebermut der Polen energisch dämpfte.

D Die Unruhen in Hamburg. Nachdem der Belagerungszustand aufgehoben worden ist und die Drahtverbände vor dem Hamburger Rathaus entfernt worden sind, machte sich am Dienstag gegen Abend auch sofort wieder ein bedrohlicher Massenaustritt unruhiger Elemente ins Stadtbinnere geltend. Mehrere Tausend sogenannter Erwerbslosen, die in Wandbettel und Varmbel Versammlungen abgehalten hatten, zogen geschlossen vor das Hamburger Rathaus und versuchten, hier ihre Forderungen durchzusetzen. Die Reichswehr war sofort das Tor zum Rathaus, brachte Maschinengewehre in Stellung und forderte die Ansammlung zum Auseinandergehen auf. Einem Packmeister entfiel sich verächtlich das Geschrei, eine Schabe anzurufen. Die Menge fuhr auseinander. Nach diesem Vorfall ist jetzt der Rathausmarkt erneut durch Drahtverbände gesichert.

D Die Sparprämienanleihe. Der Sozialrat veröffentlicht unter der Überschrift: „Skandale bei der Prämienanleihe“ Einzelheiten über die Art und Weise, wie für die Sparprämienanleihe Bekanntheit gemacht worden ist. Er fährt u. a. aus: Für die Sparprämienanleihe-Propaganda sollen etwa 10 Millionen Mark ausgegeben werden sein. Damit wurden trotz der großen Papiermengen gedruckt und bedruckt. Dabei ist mit den Druckaufträgen nur ein kleiner Kreis von Druckereien beauftragt worden, die angesichts bedenklicher Annahme höherer Preisforderungen Mißgunst einfließen konnten. Die tollsten Preisforderungen sind glatt bewilligt worden. In einzelnen Fällen ist nahezu das Doppelte für Druckarbeiten bezahlt worden als im öffentlichen Druckwerk üblich geformt wird. Viele Hunderttausende von Mark sind an Preisüberforderungen hinausgeworfen worden, obwohl die schlechte Finanzlage zu äußerster Sparsamkeit hätte zwingen sollen. Noch am 10. Dezember, dem Tage des Zeichnungsschlusses, sind erhebliche Preisrückläufe zu sehen. Wie wurde ich Millionär, in Massen verbreitet worden. Auf den Postanstalten lagen wochenlang Massenmengen von Druckarbeiten, die nicht befördert werden konnten. Beträge, die das Mehrfache der üblichen Kosten für den betreffenden Propagandaartikel enthielten, sind abgefordert worden. An Redakteure ist man mit dem Versprechen von Sonderbonifikationen, deren Höhe den Besetzungsschritt ausprägen, herangetreten, damit diese in ihren Blättern günstige Verberichterstattung schreiben. Eine Broschüre ist in einer Auflage von 1,75 Millionen Exemplaren hergestellt worden; pro Exemplar wurden 34 Pfennig bezahlt. Das christliche Buchdruckgewerbe kalkuliert den Preis mit 17—19 Pf. Allein bei diesem Auftrage ist ein Betrag von 262 500—297 500 Mark über den regulären Betrag hinaus bezahlt worden, der bei gewöhnlicher Geschäftsführung hätte festgesetzt werden dürfen. Ähnliche Fälle liegen in großer Zahl vor. Diese Dinge müssen untersucht werden. Wir fordern die Einsetzung einer Kommission, die die gesamte Geschäfts- und Kassensführung der Verberichterstattung für die Sparprämienanleihe rückwärtslos untersucht und so durchgreift, daß derartige Skandalfälle nicht ein zweites Mal in Deutschland vorkommen. Der Reichsfinanzminister hat in der Nationalversammlung zu diesen Untersuchungen des Sozialrats Stellung genommen und eine Untersuchung zugesagt.

D Arbeitsplan der Nationalversammlung. Im Arbeitsplan der Nationalversammlung ist eine Änderung eingetreten. Es war in Aussicht genommen, daß das Parlament nach den Weihnachtsferien erst wieder Ende Januar oder Anfang Februar zusammentreten sollte. Es hat sich indes ergeben, daß das Parlament dann so wenig Beratungsstoff vorfinden würde, daß es nicht voll beschäftigt wäre. Daraus hätte sich die Notwendigkeit ergeben, das Parlament erst Ende Februar zusammenzuberaufen. Die Folge davon wäre gewesen, daß auch die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes erst zu diesem Zeitpunkt hätte erfolgen können. Das wäre indes von keinem Standpunkte als erwünscht anzusehen. Es ist deshalb neuerdings beschlossen worden, die Nationalversammlung zu einer kurzen Tagung schon am 13. Januar zusammentreten zu lassen, damit das Betriebsrätegesetz dann in einer auf etwa acht Tage berechneten Sitzungsperiode erledigt werden kann. Danach wird sich die Nationalversammlung voraussichtlich bis Ende Februar wieder vertagen.

— Zeitlicher Einbruch in Ostpreußen. Nach einer Meldung der Tel.-Union aus Tilsit überschritt bei Ladehnen eine lettische Bande von 50 Mann die Grenze. Die Einwohnerwehr schlug sie zurück. Der Verlust der Letten betrug fünf Tote.

Parteiliches.

— Der Reichsparteitag des Zentrums soll nunmehr im unmittelbaren Anschluß an die kurze Januartagung der Nationalversammlung, also etwa während der Tage vom 20. Januar ab, stattfinden.

Republik Österreich.

— Geldhilfe der Entente. An der Wiener Börse zirkulierte das Gerücht, daß der Verband Österreich eine 100 Millionen-Dollar-Anleihe bewilligt habe. Eine Bestätigung liegt bis zur Stunde noch nicht vor. — In politischen Kreisen hält man daran fest, daß es das Bestreben des Verbandes sei, eine genaue Aufzeichnung der politischen und wirtschaftlichen Einflüsse der einzelnen Großmächte in Mitteleuropa und auf dem Balkan zu statuieren. Österreich werde in Zukunft in stärkerem Maße in die Einflüsse Frankreichs fallen.

England.

— Schwere Kämpfe in Persien. Dem Telegramm zufolge bringt Wireless Press eine Meldung aus Moskau, wonach die 13 000 Mann starke englische Garnison in Mesched (Persien) von den Persern vernichtet wurde. Beim englischen Kriegsschiff ist bisher keine Bestätigung eingetroffen.

Polen.

— Die neue Regierung. Aus Warschau in Frage: Die Agentur Sabas: Das neue Kabinett, an dessen Spitze Herr Skulski als Ministerpräsident steht, beruht auf einem Kompromiß zwischen der Volkspartei, der Nationalpartei, der Popolista, der bürgerlichen Partei und der nationalen Arbeiterunion. Bezüglich der Verfassung sind sich die die Regierungsparteien im Klaren, daß der Präsident der Republik durch die Nationalversammlung auf 7 Jahre gewählt werden soll. Die Regierung wird eine parlamentarische sein und wird durch die Deputiertenkammer in direkter geheimer Wahl gewählt werden. Verhältnismäßig wird ein Senat, der 70 Personen umfaßt, durch den Landtag gewählt. Dieser wird auch 30 Lokalvertreter und 21 Vertreter des Kultuswesens, sowie der Künste und Wissenschaften erhalten. Bezüglich der agrarischen Reform wird kein Prinzip des Landtags, für welches am 19. Juli abgestimmt wurde, verändert werden. Die allgemeinen Richtlinien, die als Grundlage zur Regelung und Ausföhrung des Landtagsbeschlusses dienen sollen, wurden angenommen. Hinsichtlich der Arbeiterfrage wurde beschlossen, daß die Regierung eine Aktion unternähme, um den Bedarf der Arbeiterbevölkerung an Kleibern und Lebensmitteln, sowie die Herstellung von Arbeiterwohnungen sicherzustellen. Es wird alles tun, um die Industrie durch Lieferung der fehlenden Rohstoffe und Inbetriebsetzung der Fabriken wiederherzustellen. Außer diesen Problemen wird ein detailliertes Programm betr. Arbeitergesetzgebung, Sozialversicherung, Reglements zur Gewinnbeteiligung und andere Fragen bei der Kammer eingebracht werden.

Gva.

Novelle von Helmut von Mör.

10 Nachdruck verboten.
„Nein — er wollte es nicht. Ich hatte ihm geschrieben, daß ich ihn sprechen wollte, und er kam auch. Aber er sagte, daß er ein erheblicher Keil wäre, wenn er das täte — daß er mich nicht unglücklich machen wollte. Wie ich nicht nachgab, da meinte er, daß er nicht fortgehen wollte — aber ich sollte es vier Wochen überlegen. Er gab mir auch meinen Brief zurück — und es sollte alles nicht gesprochen sein — aber wenn ich es in vier Wochen noch wollte, dann würde er es tun. Er sei ganz gewiß, daß ich bald anderen Sinnes werden würde. Es ist ja auch so schrecklich — aber es mußte doch sein.“
„Es mußte sein! — Mädel, wenn ich nur begreifen könnte — wenn ich nur wüßte, wo mir der Kopf steht. Man wird ja ganz schwindlig. Hast du diesen Doktor denn lieb?“
Da zeigte ihr Gesicht wieder das größte Entsetzen.
„Lieb? — O — wie kannst du das fragen? Ich verabscheue ihn — ich hasse ihn — hasse ihn grenzenlos!“
Herr von Sidow räusperte sich. Eine kleine Welle sah er seine Tochter schweigend an; dann erhob er sich plötzlich.
„Du hast etwas Schönes angedacht, du dummes Mädel,“ sagte er. „Ich weiß nicht, was ich machen soll.“
„Aber ich muß erst einmal mit diesem Herrn reden. Natürlich war es Doktor Schweighoff, zu dem ich schickte — ich hatte ja von alledem keine Ahnung.“
Angewidelt sah Eva ihn an.
„Was wirst du ihm sagen, Papa?“ fragte sie hastig.
„Ich bitte dich — sei nicht zu hart mit ihm. Ich muß ja doch sterben — und da — da —“
Es war eine etwas merkwürdige Art, in der sich ihr Haß äußerte, ihr grenzenloser Haß. Der alte Herr aber äußerte sein Wort des Erlösens darüber. Er sagte nur: „Treib' dir die törichtesten Sterbegebanten aus dem Kopf, Mädel! Ich sage dir ja, daß du in ein paar Tagen wieder so gesund sein wirst wie ich.“ — Ich gehe jetzt hinunter. Aber ich schicke dir Harry herauf, damit du nicht allein bleibst. Der arme Junge ängstigt sich sehr — mach' ihm das Herz nicht noch schwerer, Eva.“
In seinem Arbeitszimmer ging er unablässig auf und ab. Gewaltaft raste er vor sich hin, und mehr als einmal

schüttelte er den Kopf, als wollte ihm irgend etwas gar nicht in den Sinn. Endlich klopfte es, und ein Diener erschien.
„Herr Doktor Schweighoff ist da,“ sagte er. „Soll ich den Herrn hereinführen?“
Die Frage war ziemlich überflüssig, denn der Gemedelte stand schon hinter ihm auf der Schwelle. Er hatte sich nicht einmal die Zeit genommen, einen Mantel anzulegen, und es war kein trockener Haften an seinem Anzug. Auf seinem hübschen Gesicht aber, das der Verstellung wenig fähig war, spiegelte sich deutlich genug die furchtbare Angst seines Herzens.
„Herin mit ihm!“ sagte der Gutsheer barsch, obwohl er des jungen Mannes schon anständig geworden war. „Und daß wir in der nächsten halben Stunde nicht gestört werden, Johann!“
Der Diener zog sich zurück. Doktor Herbert Schweighoff war ins Zimmer getreten, und mit einer Stimme, die heiser war vor Aufregung, fragte er:
„Sie haben mich rufen lassen, weil Fräulein Eva erkrankt wäre. — Es ist doch nichts Ernstliches? — Nichts, was — zu Besorgungen Anlaß gäbe?“
Durchdringend ruhte der Blick des Gutsheers auf seinen verführten Zügen, und ungebührlich lange ließ er ihn auf die Antwort warten. Dann deutete er mit einer Handbewegung auf den nächsten Stuhl.
„Nein,“ sagte er kurz. „Ich habe es für nichts Ernstliches — ein leichter Infuengriff, meiner Meinung nach. Und es ist wohl nicht so sehr mit der ärztlichen Untersuchung. — Bitte, nehmen Sie Platz — ich habe ein paar Worte unter vier Augen mit Ihnen zu reden.“
Ein Aufatmen unendlicher Erleichterung hob die Brust des jungen Arztes. Wenn Evas Leben nur nicht in Gefahr war — dann mochte kommen — was wollte! — Und er folgte der Aufforderung des andern, sich zu setzen.
„Mein Mädel hat sich in die fixe Idee verrannt, daß sie sterben müsse. Und sie hat mir deshalb eine Generalbeichte abgelegt. — Es sind hübsche Geschichten, die dabei zutage gekommen sind.“
Herr von Sidow —
„Bitte — lassen Sie mich ausreden. — Ich weiß alles. Wegen des Rufes — da müßte ich Ihnen ja nun wohl eigentlich die Leuten lesen. Aber ich denke, das hat eine andere schon für sich besorgt. Das einzige, woraus ich Ihnen einen ernstlichen Vorwurf mache, ist, daß Sie nicht zu mir gekommen sind und mit mir gesprochen haben. Es wäre für

meine Eva besser gewesen — und Sie hätten sich wahrscheinlich mangelhaft damit erpart.“
Herr von Sidow — Ich habe mir diesen Vorwurf in den letzten Tagen wohl hundertmal gemacht, das versichere ich Ihnen auf mein Wort. Ich hätte mich ja nicht entschuldigen können, denn ich weiß, daß es dafür keine Entschuldigung gibt.“
Der alte Herr räusperte sich wieder. Es mußte ihm etwas in der Kehle stecken.
„Wir wollen davon nicht mehr reden, Herr Doktor. Vielleicht wäre ich jetzt grob geworden, wenn ich es gleich erfahren hätte — durch das, was nachher kam, ist die Sache nun ganz anders geworden. Sie haben genug durchgemacht, und es darf nicht mehr die Rede davon sein, daß Sie wegen der Geschichte Ihre Geistesvermögen verlieren. Es gibt, Gott sei Dank, noch andere Wege, es wieder ins gleiche zu bringen. Ich werde meine Eva auf ein paar Wochen forschicken — ein Klimawechsel wird ihr ganz guttun — und Sie —“
Herbert unterbrach ihn. Er war wohl noch sehr blaß, aber völlig gefaßt und ruhig. Und er sprach mit ernster Entschiedenheit.
„Verzeihung — aber dieser Ausweg ist nun nicht mehr möglich. Wenn Ihr Fräulein Tochter es weniger schwer genommen hätte, so hätte ich Ihre Güte vielleicht annehmen dürfen. So, wie es jetzt ist, würde ich in meinen Augen ehelos werden, wenn ich es täte. Ich werde fortgehen, und ich werde Ihre Freundlichkeit nur insofern in Anspruch nehmen müssen, mir eine sofortige Entlassung zu bewirken.“
Wieder sah ihn der alte Herr durchdringend an.
„Hm!“ meinte er. „Und weswegen wollen Sie durchaus fort?“
„Weil Ihr Fräulein Tochter unter meiner Anwesenheit leidet. Sie legen ja, daß sie darüber krank geworden ist. Und ich hoffe, sie wird nach meiner Entfernung ihre Ruhe wiederfinden. Sie verabscheut mich — natürlich — und der Gedanke, mir zu begegnen, muß sie natürlich beunruhigen.“
„Und das geht Ihnen so nahe?“
Da richtete der junge Arzt sich höher auf. Und er hielt den Blick des andern ruhig aus, während er sagte:
„Ich kann es nicht ertragen. Denn jetzt darf ich es vielleicht sagen — die einzige Entschuldigung, die mein Gebaren hat, ist: daß ich Fräulein Eva liebe.“
(Schluß folgt.)

England.

Theorie und Praxis. Nach einer Nachricht aus London ist im Gouvernment Petersburg die Arbeitseinstellung mobilisiert worden, um Holz nach Petersburg zu schaffen. Die Arbeit wird bezahlt werden. Der Verteidigung Petersburgs traf eine Verfügung, der alle Angehörigen und Arbeiter der Holzversorgungs- und Beschaffungsbehörden als im Kriegsdienst betrachtet werden. Es wird militärische Disziplin eingeführt. Falls nötig sein sollte, werden sie verpflichtet, täglich 12 Stunden zu arbeiten. Widerstand und Sabotage werden nach den Bestimmungen der Kriegsgeetze bestraft.

Spanien.

Schwere Streikunruhen. Die Madrider Bahnhöfe sind in den Ausstand getreten, da die Gesellschaft die neuen Personalforderungen ablehnte. Nur einige Wagen unter dem Schutz gewerkschaftlicher Bedeckung konnten fahren. Die Ausperrungen dauern fort. Man hat über 25.000 Bahnarbeiter zum Feiern. Gruppen durchziehen die Stadt, doch hatte die Gendarmerie bisher keinen Anstoß zum Einschreiten gehabt. — Ein Journal veröffentlicht ein Telegramm aus dem Dienstag abend, das besagt, daß infolge des Streiks der Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke die Dunkelheit über die Stadt liegt. Die Straßenbahnen sind zum Stillstand gekommen. Es wurden zahlreiche Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden, auf beiden Seiten Verletzte gab. Die Lage ist sehr ernst. Man muß darauf gefaßt sein, daß in Madrid der Unruhezustand verhängt wird. — In Barcelona die Terroristen Ausschreitungen begangen, was zwar in der Form, indem sie nicht einmal die geübtesten Taktiken anwandten. So wurde in der Kirche San Jose während eines Trauergottesdienstes für einen Kaufmann von Soldaten unter einer Bank eine Bombe gefunden, die die Kirche brannte und die der Soldat noch rechtzeitig konnte. Man stellte fest, daß die Höllemaße eine große Kraft verfügte. — Die Unruhen in ganz Katalonien aus; der soziale Konflikt immer schärfere Formen an.

Dänemark.

Verlangen nach deutschen Schiffen. Die Dampfschiffahrts- und Reederei-Vereinigung hat dem dänischen Ministerium aus Kopenhagen an das dänische Ministerium das Ersuchen gerichtet, bei der Entente mitzuwirken, daß derjenige Teil der deutschen Handelsflotte, der zu dem später abzutretenden nord-schleswigschen Gebiet gehört, der dänischen Flagge zugeführt werde.

Aus dem Unterlahnkreise.

Der Vorstand der Kreisbauernschaft hielt am 17. Dez. in der Kreisstadt eine Sitzung ab. Er fasste das Besondere bezüglich der Feld- und Ackerbauverwaltung, auf der Vertreterversammlung in Baldersheim am 27. Dez. bekannt gegeben werden. Der Vorstand macht aber auch schon hierdurch aufmerksam, die nun geklärte Lage von Hafer und Brotgetreide so schnell als möglich zu beheben.

Provinz und Nachbargebieten.

Kennfeld, 17. Dez. In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag der Sozialdemokraten, das Kaiserbild im Sitzungssaal zu entfernen mit 17 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten das Zentrum und die Liberalen; die Demokraten enthielten sich der Abstimmung. Die bürgerlichen Parteien, daß sie die Unfähigkeit der Sozialdemokraten zur Durchföhrung des sozialistischen Kommunismus, das von Sozialdemokrat. Seite dem Bürgermeister und den Ratsmitgliedern mißbilligten. Sie bewahrten sich die anmaßende Auffassung, als ob nur die sozialdemokratische Partei berechtigt sei, die Rechte und Interessen der „großen Masse“ zu wahren. Beschlossen wurde, den im Hofsaalgestellten unter 21 Jahren 250, über 21 Jahren 500 Mark, als Kinderzulage für jedes erwerbsfähige Kind 100 und Lehrlingen ebenfalls 100 Mark als Weihnachtsgeld zu gewähren. Den Arbeitern wurde bewilligt: unter 30, jedem Kinde unter 14 Jahren 50, ledigen über 30, unter 21 Jahren 100 Mark. Als Weihnachtsgeld Kriegervätern und Waisen, sowie Frauen von Kriegern 100 Mark bewilligt.

Frankfurt a. M., 18. Dez. Durch Hülspolizisten wurde im Wieswald ein mit 24 großen Kisten Wein beladener Wagen, der unter Bedeckung von 8 Männern aus dem Gebiet nach Frankfurt geschmuggelt werden sollte, ertappt. Die Kisten konnten die Polizei in der Prüfung nicht gebracht und beschlagnahmt werden. Bei der Prüfung wurde festgestellt — an der Hand der Begleitpapiere — stellte es sich heraus, daß die 8 Ordnungshüter, die der Schieber zum Transport seiner Waren bestellt hatte, während des Transportes absichtlich von dem Weinhandeln und genötigt hatten. — Lebensmittelpreissteigerungen bei der Wirtschaft. Die hiesigen Lebensmittelpreise ziehen immer größere Kreise. Die Lebensmittelpreise vergrößerte weiter 8 Angebots.

Eronberg, 18. Dez. Der Kaufmann Ernst Adam von Eronberg wurde von dem Königstein von zwei bisher nicht ermittelten Überfallen, niedergeschlagen und seiner Barockkassette mit 14.000 Mark beraubt. Auf seine Mitternacht wurde er in der Wache aufgefunden, nach Königstein verbracht und hier dem Krankenhaus zugeführt. Adam wollte sich die Einkaufsreise begeben und von Königstein aus den Weg nehmen.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Ernennung Referendar Paul Sommer von hier beauftragt sein juristisches Doktorexamen. — Kohlenversorgung. Wie uns von der Stadtverwaltung mitgeteilt wird, sollte aus dem in Oberlahnkreis gelegenen Kohlenfeld „Heinrich“ auch die Stadt 4 Waggons ein Teil der sehr dringend benötigten Kohlen erhalten. Hoffentlich gelingt es, einen Teil der Kohlen zu retten, und auch die von den hiesigen Stellen dringend benötigten Ersatzkohlen rasch herbeizuschaffen, damit der größten Not abgeholfen werden kann. Dieser Fall gibt die Möglichkeit, sich auf die unsichere und übrigens vollständig unzulängliche Kohlenversorgung zu verlassen, es sich vielmehr empfiehlt, den Brennstoffbedarf in Holz einzudecken. Während unsere Stadt in den letzten Jahren, dank der fortgesetzten Bemühungen der hiesigen Stellen verhältnismäßig günstig mit Kohlen versorgt war, ist es seit Ausbruch der Revolution trotz

aller Anstrengungen der Kohlenwirtschaftsstelle Diez, unserer Stadtbehörde und der hiesigen Kohlenhandlungen aus bekannten Gründen nicht möglich, den erforderlichen Bedarf in einigermaßen zufriedenstellender Weise zu erlangen. Besonders schmerzhaft macht sich für uns der Verlust des Saarkohlengebietes bemerkbar, da der hiesige Bedarf zum größten Teil in Saarkohlen eingebracht wurde. Bemerkenswert ist noch, daß für die Befahrung heute bei der Firma Oppenheimer ein Waggon Bricketts einläuft, auf die unsere Einwohner leider keinen Anspruch haben. Unsere Einwohnererschaft muß sich daher, so schmerzhaft es ist, noch einige Tage gedulden.

Nachricht. Allen Besitzern von eichpflichtigen Gegenständen ist dringend anuraten von der gegenwärtig hier stattfindenden Nachweisung Gebrauch zu machen. Die Gültigkeit der Stempelung der Maßgeräte im Bezirk der Stadt Ems läuft mit dem 31. Dezember 1919 ab. Es müssen daher alle die, welche die Nachweisung hier vornehmen, ihre Wagen, Gewichte und Maße nach dem Eichamt in Diez bringen.

Feiern. Die Weihnachtsfeier der Vereinigung der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen bereitet ihren Kindern am kommenden Sonntag im hiesigen Saale ein Weihnachtsfest. Die Feier beginnt pünktlich um 2 Uhr. Da etwa 200 Kindern aus Bad Ems, Becken, Remmenau und Dausenau beiseite ist, muß die Feier des beschränkten Raumes wegen im engeren Kreise stattfinden. Zutritt erfolgt nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte sowie der ausgegebenen Besondereinfahrt. Die Kinder Jugend will ihren durch den Krieg besonders betroffenen Geschäften Freude bereiten, und so weitestgehend die hiesigen Schulen in der Durchführung eines weihnachtlichen Programms. — Um der gesamten Bürgererschaft jedoch aufrichtigen Dank für die freundliche Hilfe zum Ausdruck zu bringen, sollen die Vorstellungen wiederholt werden, und zwar am folgenden Montag, ebenfalls im hiesigen Saale, diesmal nachmittags 4 Uhr beginnend. Dann werden alle Freunde der Jugend und die Kinderwelt selbst weihnachtlich haben, sich zu erfreuen an Vorträgen, Chorgesängen, Liedern zur Laute, Geige, Klavier und Orchester. Sie werden den geschätzten Gästen sehen, ein lebhaftes Kamel bewundern und in die Märchenwelt Schneewittchen, Pinke und Gretel und der Frau Holle eingeführt werden. Das Eintrittsgeld 1,00 Mark für Erwachsene und 0,50 Mark für Kinder, soll in die Weihnachtskasse der Vereinigung fließen.

Die Weihnachtsfeier der Kinderschule muß wegen einer starken Erkrankung der Lehrerin Hil. Schäfer auf den Dienstag nach Weihnachten, 30. Dez., nachm. 4 Uhr verschoben werden.

Der M. G. B. „Sängerkreis“ feiert am Sonntag nach Weihnachten, 28. Dez., nachmittags von 4 Uhr ab im Weiburger Hof sein 35. Stiftungsfest verbunden mit Weihnachtsfeier. Dazu wird uns geschrieben: Das von dem Dirigenten, Musiklehrer Köhler, ausgearbeitete abwechslungsreiche Programm, enthält außer einigen gut eingespielten Chören mehrere hervorragende Koncertstücke der Instrumentalmusik in verschiedener Zusammensetzung von Klarinette, Harmonium, Blöde und Cello, vorgetragen von Herrn und Damen der Musikschule Köhler; u. a. wird Herrn B. Pahlke die charakteristische Ballettszene von Veriot zum Vortrag bringen. Nach Schluß des Konzerts wird der Christbaum verfertigt. Daran schließt sich der Ball. Der Verein, welcher sich der stattlichen Zahl von über 30 Sängern erfreut, wird unter der bewährten Leitung des Dirigenten Köhler seine Nähe und Kosten scheuen, um seinen Mitgliedern einen gungreichen Tag zu bieten.

Die Deutsche Volkspartei hält heute, abends 8 Uhr, im „Rheinischen Hof“ eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen kommunale Angelegenheiten, die Festsetzung der Satzungen und Neuwahl des Vorstandes.

Aus Diez und Umgegend.

Eingefandt.

Freiendiez. Die Gemeindevorstände sind nun auch hier zu Ende und allmählich beruhigen sich die erregten Gemüter wieder etwas. Unserer demokratischen Partei war es leider nur möglich, 4 Sitze im Gemeindeparslament zu erringen, dank einer großen „Liste“ Langschieb, die sich noch aufstaut und 2 Sitze errang, nur auf unsere Kosten. Es gibt aber Leute, die da meinen, ohne ihre Mitregierung ginge es nicht, vernünftliche alte verbriefte Rechte seien auch in der Jetztzeit noch geltend. Die Sozialdemokratie errang 5 Sitze, die Zentrumspartei 1. Am 7. ds. Mts. fand nun die Bürgermeisterversammlung statt, bei der der jetzige Stellvertreter, Herr Landwirt Künzler, mit 8 Stimmen gewählt wurde, 4 Jettel wurden weiß abgegeben. Die Bürgermeisterversammlung brachte infolgedessen eine Überarbeitung der Gemeindevorstandsordnung vor, die einstimmig beschlossen wurde, zum Bürgermeister einen mit der Verwaltung vertrauten Beamten zu wählen. Sie hielt dies an einem so großen Ort wie Freiendiez im Interesse einer fortschrittlichen und fortschrittlichen Entwicklung des Ortes für unbedingt nötig. Dieser Beschluß wurde dann von Sozialdemokratie, Zentrum und Vertretern der „Freien Liste“ schon nach 8 Tagen wieder umgeworfen und ein Beschluß in obigem Sinne gefaßt. Die 4 demokratischen Abgeordneten glaubten nicht, ihre Überzeugung von heute auf morgen wechseln zu können und traten deshalb diesem so merkwürdigen Beschluß nicht bei. Größere Überarbeitung brachte die Wahl zum Stellvertreter der Gemeinde. Es wurde Herr Meißner Bürger vom Zentralgefängnis Freiendiez (Mitglied der sozialdemokratischen Partei) ebenfalls mit 8 Stimmen gewählt, während Herr August Preußner je 4 Stimmen auf sich vereinigte.

Aus Nassau und Umgegend.

Die Deutsche demokr. Partei hielt hier eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit Organisationsfragen beschäftigte. Ein Anschlag auf die Ortsgruppe Ems als Ortsgruppe Nassau fand keine rechte Gegenüber. Auch in diesem Monat soll eine Hauptversammlung abgehalten werden, in der dann der Vorstand einer Nassauer Ortsgruppe gewählt werden soll. Vorläufig führt M. A. und Notar Gies die Vorstandsschäfte weiter. Nachdem Stadt. Nassau, der als Zentralkreis aufgestellt war, seinen Austritt aus der Partei erklärt hat, ist zu erwarten, daß er sein Mandat niederlegt. Notar Gies wurde beauftragt, deswegen mit Stadt. Nassau in Verbindung zu treten. Nach eingehender Erörterung wurde einer Anregung, vor jeder Stadtverordnetenversammlung die Tagesordnung durchzusprechen und zu ihr Stellung zu nehmen, zugestimmt.

Die Gewerkschaft Eisenhütte gewährte ihren Arbeitern ab Jahresende eine Prämie. Dierach erhalten pro Schicht: Bekehrte und die einzigen Ernährer einer Familie 2 Mk., Ledige über 24 Jahre 1,75 Mark, von 20—24 Jahren 0,75 Mark und unter 20 Jahren 0,50 Mark. Diese Auszahlung wird aus freiwilligen Spenden und einmalig für den Monat Dezember am Dienstag vor Weihnachten ausgezahlt. Eine schöne Weihnachtsfeier für die hiesigen Arbeiter.

Amstlicher Teil.

Bekanntmachung.

Gegen die Dezemberabschnitte der Kreissteuerarten können in den Geschäften, in denen die Bestellscheine abgegeben worden sind,

750 Gramm Zucker oder Kandis

entnommen werden.

Diez, den 17. Dezember 1919.

Kreissteuerstelle

Bekanntmachung.

betreffend Aufhebung des Verbots des An- und Verkaufs von Zucht- und Nutzvieh.

Die Bekanntmachung vom 21. Oktober ds. Js. — B. 2194 — betr. Verbot des An- und Verkaufs von Zucht- und Nutzvieh wegen Viehlieferungen an die Alliierten, Amtsblatt der Regierung in Wiesbaden S. 293, für den Stadtkreis Frankfurt a. M. S. 293 und für die Landwirtschaftskammer S. 181 wird aufgehoben und tritt am 15. Dezember ds. Js. außer Kraft.

Zur Vermeidung von Irrtümern weisen wir darauf hin, daß alle bisherigen Bestimmungen über die Bekämpfung des Schleichhandels und der Viehversteigerung durch die Aufhebung des vorgenannten Verbotes nicht berührt werden. Insbesondere sind aufs genaueste zu beachten:

1. Die Anordnung der Landeszentralbehörden vom 27. Dezember 1917 betr. die Ein- und Ausfuhr von Zucht- und Nutzvieh und die dazu von der Bezirksfleischstelle und den Kommunalverbänden erlassenen Anordnungen.
2. Die Bekanntmachung der Bezirksfleischstelle über den Handel mit Vieh vom 28. Mai 1918 — B. III 2077 — und vom 17. Mai 1919 — B. 1082 — und die von den Kommunalverbänden hierzu erlassenen Anordnungen über die Genehmigungspflicht von Viehversteigerungen und über Transportscheine (Viehscheine).

Bezirksfleischstelle f. d. Regierungsbezirk Wiesbaden
Der Vorsitzende

Bekanntmachung

betr. die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1919

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in Bad Ems aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1919 bis spätestens Ende Januar 1920 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaus, sowie der Bergwerksbetrieb. Die Abgabe der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betrieb zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt im letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme vom Wiederverkäufer gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtzahl der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsgeldstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuerertrag erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100.000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind die überlieferten Vordrucke zu verwenden. Weitere Vordrucke können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt gegen Erstattung der Selbstkosten entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramtes, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Bad Ems, den 13. Dezember 1919.

Der Magistrat.
Umsatzsteueramt.

Verkauf von Reis.

Am Montag nachmittags von 2 Uhr ab wird im Verbrauchsmittelamt Reis abgegeben und zwar für Kinder bis zum 6. Lebensjahr gegen Vorlage der Mischkarte, für Kranke in Ermangelung einer Mischkarte gegen Vorlage eines Rezeptes, Krankenscheines od. dergl.

Bad Ems, den 18. Dezember 1919.

Verbrauchsmittel-Amt.

Anstellung einer technischen Lehrerin.

Am den hiesigen Volksschulen ist die Stelle einer zweiten technischen Lehrerin zum 1. April 1920 zu besetzen. Besoldung nach der geltenden Ordnung, die auf Wunsch überhandt wird. Die Lehrerin hat den Turn-, Handarbeits- und Hauswirtschaftsunterricht zu erteilen.

Meldungen sind bis spätestens zum 15. Januar 1920 an uns einzureichen.

Weitere Auskunft steht zu Diensten.

Bad Ems, den 8. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Sonntag, den 21. Dez., von 3 Uhr nachm. ab:
gemütl. Zusammenkunft
Für Gutes in Küche und Keller ist bestens gesorgt.
Der Besitzer: Ferd. Mandewirth.

u. sind dort sämtliche, für die Schuhmacherei
notwendigen **Leder- u. Bedarfsartikel**
zu haben.

Verein selbst. Schuhm. - Meister,
Bad Ems.

frisch eingetroffen.
Albert Kauth, Fischhandlung, Ems, Teleph. 29.

mit 1 bis 2 Nebenräumen
zu mieten gesucht
Offerte mit Preisangebot unt. O. 415 an die Geschäftsst.

zu hohen Preisen. (970)
Zu melden bei **Heinr. Pfaff**, Dausenau.

Hochachtungsvoll
Lindstedt & Zimmermann.

Zigarren- und Zigaretten-Versandhaus,
Limburg a. L. Kornmarkt 5
 Telefon Nr. 167.

Druckerei Sommer, Bad Gmünd.

L. J. Kirchbergers Buchhandlung.

N. Finkler, Diez a. d. L.
Oberstr. 25 Fernruf 309

Der Vorstand

Distr. Verfaund G. Ahmling,
Hamburg, Paulstr. 2 L.

Verachtlicher Gottschalk
am Abend 8,20
am Morgen 8,00

1940-1941